

# Kassen zahlen jetzt Krebstherapie

**MedAustron** | Hauptverband der Sozialversicherungsträger übernimmt Behandlungskosten. Wartezeit rund vier Wochen.

Von **Walter Fahrnberger**

Seit Dezember des Vorjahres werden im MedAustron in Wiener Neustadt Krebspatienten mit der Ionen-therapie behandelt. Die spezielle Methode, bei der Tumore punktgenau behandelt werden können, kostet durchschnittlich 33.000 Euro. Bis zu 8.000 Euro mussten die Patienten bis dato selbst besteuern. Das hat bei vielen Betroffenen für Unmut gesorgt. Damit ist es jetzt vorbei.

Nach langwierigen Verhandlungen werden die Kosten ab sofort vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger übernommen. „Mit der E-Card ist die Behandlung kostenlos. Damit haben die Patienten zumindest die finanzielle Sorge weniger“, spricht Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner von einem Meilensteinprojekt.



Die Spezialtherapie im MedAustron in Wiener Neustadt ist ab sofort für Patienten mit der E-Card kostenlos. Das Krebsforschungs- und Behandlungszentrum ist das modernste von weltweit nur fünf Zentren dieser Art.

Foto: Thomas Kaestenbauer

Die Einigung gilt rückwirkend auch für alle Patienten seit Dezember, wie MedAustron-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger betont. Zudem wird, wenn nötig, auch die Nächtigung für Begleitpersonen bezahlt und es gibt keine Bevorzugung von Privatpatienten.

Besonders geeignet ist die Therapie im MedAustron

für Kinder-, Schädel-, oder Knochentumore. 20 Personen haben diese bereits abgeschlossen. Ab dem Jahr 2020 sollen ca. 1.000 Patienten jährlich betreut werden können. Die Wartezeiten – im Durchschnitt vier Wochen – werden im Internet veröffentlicht, sind aber auch von der Dringlichkeit der Behandlung abhängig.

## IN KÜRZE

**Gesundheits-Planung.** Abgesehen von speziellen Therapien bei MedAustron werden Krebspatienten in Niederösterreich in den Landeskliniken Krems und Wr. Neustadt behandelt. Neben den aktuellen Strahlentherapiegeräten sollen in Zukunft noch weitere zum Einsatz kommen. Nun hat die Bundes-Zielsteuerungskommission den Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG) für die Jahre 2017 bis 2020 beschlossen. Landesrat und NÖ-GUS-Vorsitzender Ludwig Schleritzko begrüßt den Beschluss: „Die drei von uns

vorgesehenen zusätzlichen Strahlentherapie-Geräte für Niederösterreich wurden im ÖSG aufgenommen. Damit steht dem Ausbau der Strahlentherapie in Niederösterreich nichts mehr in Weg.“

**Spa-Auszeichnung.** Die besten Mitarbeiter, besten Treatments, Spa-Einrichtungen und neue Innovationen wurden in Wien im Rahmen der European Health & Spa Awards ausgezeichnet. Gewinner in der Kategorie „Best Day Spa“ ist die Therme Laa – Hotel & Silent Spa. Den dritten Platz in der Kategorie „Best Spa Manager“

holt sich Florian Perteneder von der Therme Laa – Hotel & Silent Spa. Ebenfalls aus Niederösterreich mit dabei ist das la pura women's health resort kamptal. Es erreicht den zweiten Platz in der Kategorie „Best Medical Spa Resort“.

**Ärzte-Volksbegehren.** Durch die Nationalratswahlen im Herbst will die NÖ Ärztekammer das Volksbegehren „SOS Medizin“, für das schon 27.000 Unterstützungserklärungen gesammelt wurden, nicht schon im Sommer, sondern erst nach der Wahl einreichen.

## GASTKOMMENTAR



**Riki Ritter-Börner,**  
Chefredakteurin von  
Gesund & Leben, über  
die Ausbildung zum Arzt.

## Ärzte – der lange Weg zur Meisterschaft

Zehn Jahre – das ist die absolute Minimalzeit für die Ausbildung, wenn man nach der Matura Ärztin oder Arzt werden will: Sechs Jahre Studium und neun Monate Basisausbildung im Krankenhaus für alle. Anschließend für Allgemeinmediziner, sprich Hausärzte, 27 Monate Turnus und zwölf Monate Lehrpraxis – da ist man dann mindestens 30 Jahre alt. Die Facharzt-Ausbildung dauert sogar noch zwei Jahre länger.

Schon das sechste und letzte Studienjahr, das sogenannte klinisch-praktische Jahr, verbringen Medizinstudierende in den Krankenhäusern. Turnusärzte mussten früher viele Routinearbeiten leisten, heute können sie sich mehr auf die Ausbildung konzentrieren. Trotzdem fühlen sich viele Jungärzte in den Kliniken anfangs überfordert. Sie müssen neben den fachlichen Dingen lernen, mit dem Leid der Patienten angemessen umzugehen und gut mit ihnen und den Angehörigen zu kommunizieren. Im Alltag würden sich Ärzte lieber mehr um die Patienten und weniger um den Papierkram kümmern. Doch gründliches Dokumentieren ist heute unverzichtbar. Lernen muss man im Arztberuf lebenslang und regelmäßig Weiterbildung nachweisen. Erfahrene Ärzte berichten, dass es Jahre dauert, bis sie wirklich das Gefühl hatten, alles in ihrem Fach zu kennen: Ein Neurochirurg sagte, erst so mit 45 spürte er, dass er eigentlich alles gesehen hat. Ein Unfallchirurg erklärte, seit er 50 sei, sei er auch in den schlimmsten Notfällen souverän.

Arzt sein, Ärztin sein, das ist eindeutig kein Job wie jeder andere.

gesund@noen.at

## Mehr zum Thema



Niederöste-rreicher können das Gesundheitsmagazin des Landes Niederösterreich Gesund & Leben kostenlos abonnieren: 01/96 11 000-0, abo@gesundundleben.at [www.gesundundleben.at](http://www.gesundundleben.at)

**Kurz & bündig****Zurückgetreten**

Der Linzer Diözesanbischof Manfred Scheuer ist als Präsident der Katholischen Friedensbewegung Pax Christi Österreich zurückgetreten. Als Grund nennt Scheuer in dem Schreiben einen Vorfall im Mai in Linz. Bei einem Vortrag des palästinensischen Botschafters Salah Abdel Shafi sollen die Schriftstellerin und Vertreterin der Israelitischen Kultusgemeinde Linz, Anna Mitgutsch, sowie zwei weitere Mitglieder beschimpft worden sein.

**Start am 1. Juli**

Das von der Regierung angekündigte Investitionsprogramm für Gemeinden startet am 1. Juli. Ab dann können die Anträge per E-Mail an die Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) eingereicht werden. Gefördert werden Investitionen zur Modernisierung der Gemeindeinfrastruktur mit Ausnahme von Fahrzeugen und Personalkosten.

**Nach der Wahl**

Das Volksbegehren „SOS Medizin“ wird erst nach der Nationalratswahl eingereicht. Das Volksbegehren der NÖ Ärztekammer war im November vergangenen Jahres gestartet worden. Bis Ende Februar 2017 wurden knapp 27.000 Unterstützungserklärungen gesammelt. Die für die Einreichung erforderliche Zahl von 8401 wurde damit überschritten.

**Krise in Kärnten**

Die Kärntner Grünen werden offizielle Krisengespräche gemäß der Koalitionsvereinbarung mit SPÖ und ÖVP einberufen, weil aus ihrer Sicht die SPÖ am Donnerstag im Landtag einen Koalitionsbruch begangen hat. Auch wenn manche in ihrer Partei andere Worte wählten, sei man sich einig: „Wir dulden die Vorgehensweise der SPÖ nicht“, so Landessprecherin Marion Mitsche. Einen Termin mit SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser und ÖVP-Obmann Christian Benger werde es voraussichtlich in den nächsten Tagen geben, sagte Mitsche. Kaiser müsse darlegen, „wie kann er uns die Sicherheit geben, dass das nicht mehr passiert“.

# Gemeindetag: Kommunen fordern eine Staatsreform

## Alfred Riedl sieht Chancengleichheit im ländlichen Raum bedroht

Der neue Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl hat am Freitag beim 64. Österreichischen Gemeindetag im Messezentrum Salzburg eine Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gefordert. Österreich brauche dringend eine Staatsreform: „Zuständigkeit, Verantwortung und Finanzierung gehören jeweils in die Hand der Ebene, die eine Aufgabe am besten erledigen kann.“

**Konvent umsetzen**

Riedl erinnerte in seiner Rede an den Österreich-Konvent, der von 2002 bis 2005 tagte. „Man war sich über 90 Prozent der Reformen einig, und hat am Ende nichts umgesetzt, weil man sich nicht über die letzten zehn Prozent einigen konnte.“ Viele Vorschläge von damals seien aber nach wie vor geeignet. „Setzen wir um, was konsensfähig ist“, forderte Riedl. Die Staatsreform

müsse im Arbeitsprogramm der nächsten Bundesregierung verankert werden. Zugleich forderte der Gemeindebund-Chef direkte Vertragsfähigkeit für alle Kommunen mit dem Bund und den Ländern ein. „Wir wollen künftig als Partner mit beiden Gebietskörperschaften Verträge abschließen können — ähnlich wie beim Finanzausgleich. Wir verlieren oft viel Zeit und Kraft, weil alles über 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gelöst werden muss, obwohl es eigentlich die Gemeinden betrifft.“

Und Riedl fordert Chancengleichheit für den ländlichen Raum: Dazu brauche es Breitband-Internet, aber auch Arbeitsplätze. „Es müssen beileibe nicht alle Bundesdienststellen in Wien angesiedelt sein“, so Riedl. Außerdem werde der Aufwand zur Bewältigung von komplexen bürokratischen Vorschriften jeden Tag größer. Egal ob

Schulverwaltung, Medientransparenz- oder das neue Deregulierungsgrundgesetz: Die kleinen Einheiten würden schikaniert.

**Verständnis für die Forderungen**

Die zwei Gastredner — Bundespräsident Alexander Van der Bellen sowie Außenminister und ÖVP-Chef Sebastian Kurz — zeigten Verständnis für die Forderungen Riedls. Van der Bellen erklärte, dass die Gemeinden nicht ausgehungert werden dürften. Kurz pochte in seiner Rede auf mehr Subsidiarität — in Österreich, aber auch in der Europäischen Union. „Wir brauchen in Europa mehr Zusammenhalt in den großen Fragen, aber mehr Freiheit bei den anderen Themen. Wir brauchen keine EU, die Allgegenverordnungen für Speisekarten festlegt, sondern eine, die imstande ist, die EU-Außengrenzen zu schützen“, sagte Kurz.



Der ehemalige Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Helmut Mödlhammer bekam von Bundespräsident Alexander Van der Bellen das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse. ÖVP-Chef Sebastian Kurz pochte in seiner Rede auf mehr Subsidiarität — in Österreich, aber auch in der Europäischen Union.

Fotos: APA/Gindl

